



Resolution der Vollversammlung

Gastronomie braucht verlässliche Politik, um handlungsfähig zu bleiben

Die Vollversammlung der Bergischen IHK spricht sich für verlässliche Politik für die Wirtschaft aus – hier am Beispiel der Gastronomie.

Seit dem 1.7.2020 wurde im Zuge des Corona-Steuerhilfegesetzes der Mehrwertsteuersatz für Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen (unter Ausnahme der Abgabe von Getränken) von 19 auf 7 Prozent gesenkt. Dies wurde auf Grund der hohen Energiekosten bis zum 31.12.2023 verlängert. Nach aktuellen Haushaltsdebatten wird von einer weiteren Verlängerung abgesehen.

Die Situation in der Gastronomie hat sich seitdem nicht verbessert. Die Energiekosten sind weiterhin hoch, die Lebensmittelpreise sind deutlich gestiegen, ebenso die Personalkosten – unter anderem bedingt durch die Anhebung des Mindestlohns. Gleichzeitig führt der starke Mangel an Fachpersonal dazu, dass Angebote und Öffnungszeiten reduziert werden müssen. Somit sinken die Umsätze und die Kosten steigen weiter.

Zudem stehen die Gastronomen vor der prekären Situation, dass sie die steigenden Kosten nicht vollständig auf die Gäste umlegen können – aus Sorge, Kundschaft zu verlieren. In einer aktuellen IHK-Blitzumfrage gaben 82 Prozent der Betriebe an, dass sie sich Sorgen um ihre Existenz machen. Gleichzeitig kündigten zwei Drittel der Unternehmenskunden an, seltener Gastronomiebetriebe aufsuchen zu wollen, wenn die Preise durch den höheren Mehrwertsteuersatz steigen.

Die Vollversammlung der Bergischen IHK erkennt an, dass es sich bei der umsatzsteuerlichen Begünstigung der Restaurant- und Verpflegungsdienstleistungen um eine Subvention für einen ausgewählten Dienstleistungsbereich handelt, der anderen Dienstleistungsunternehmen nicht gewährt wird. Die Vollversammlung spricht sich dennoch für eine befristete Verlängerung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von einem Jahr aus. In der Erwartung, dass sich in dieser Zeit die staatlichen Anreize zur Aufnahme von bezahlter Arbeit auch und

gerade in der Gastronomie und anderen vergleichbaren Dienstleistungsunternehmen signifikant verbessern werden.

Die Wirtschaft braucht Planungssicherheit, und diese möglichst frühzeitig, um handlungsfähig zu bleiben. Eine verlässliche Wirtschaftspolitik bedeutet auch, dass ein Restaurantbesuch nicht so teuer werden darf, dass ihn sich nur noch wenige Menschen in viel weniger Betrieben leisten können. Hier sollte nach einem Jahr die Situation offen geprüft werden.

Wuppertal, 29. November 2023